

# Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Oktober 2019

## **SPD-ORTSVEREIN OLSBRÜCKEN-FRANKELBACH NEUER VORSTAND GEWÄHLT**

Der Vorstand, neben der Mitgliederversammlung das Entscheidungsgremium des Ortsvereins, wird alle zwei Jahre neu gewählt. Turnusmäßig war dies dieses Jahr wieder der Fall. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung wurden diese Personen in den Vorstand gewählt: **Rolf Künne (Vorsitzender)**, **Thorsten Haferanke (Stellvertretender Vorsitzender)**, **Daniela Jung (KassiererIn)**, **Michael Jung (Schriftführer)**, **Martina Gehm (Beisitzerin)** **Iris Kannegieser-Rosenwald (Beisitzerin)**.



Rolf Künne,  
Landrat i.R.



Thorsten  
Haferanke,  
Diplompädagoge



Daniela Jung,  
Studienrätin



Michael Jung  
KFZ Meister



Martine Gehm,  
Paliativpflegerin



Iris Kannegieser-  
Rosenwald,  
Rechtsanwalts-  
fachangestellte

Bei den Wahlen zum Vorstand ließ sich die Mitgliederversammlung von der Überlegung leiten, sowohl erfahrene als auch junge Mitglieder im Vorstand zu haben. Außerdem sollten Frauen und Männer sowie Frankelbacher und Olsbrücker gleichzählig vertreten sein. Alle drei Vorgaben konnten bei der Wahl erfüllt werden. Nachdem der Vorsitzende Rolf Künne und die KassiererIn Grit Wehrmann ihren Bericht abgegeben hatten, wurde dem alten Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Rolf Künne wies darauf hin, dass man bei der Kommunalwahl in Olsbrücken einen großen Erfolg erzielt habe. Negativ sei der Abgang von neun Mitgliedern (einer durch Tod, acht durch Austritte) zu verzeichnen, denen sechs Neueintritte gegenüberstünden. Grit Wehrmann konnte mitteilen, dass die Kassenverhältnisse geordnet seien und das finanzielle Rückgrat des Ortsvereins gesichert sei.

Rolf Künne bedankte sich bei den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Walter Schneck, Grit

Wehrmann und Dieter Gehrke, die nicht mehr kandidierten, für die geleistete gute Arbeit und überreichte jeweils ein Geschenk.

Die Mitgliederversammlung bestätigte darüber hinaus die beiden Kassenprüferinnen Vera Raquet und Rita Schumacher in ihren Ämtern und wählte fernerhin acht Delegierte.

### **IMPRESSUM:**

**Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.**

**Auflage dieser Ausgabe: 650**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es tut sich etwas in Frankelbach und Olsbrücken. Während in Frankelbach seit längerer Zeit Bürgerinnen und Bürger aktiv geworden sind und sich intensiv um ihren Ort kümmern, gehen die bisherigen Aktivitäten in Olsbrücken besonders auf die Initiativen des Ortsbürgermeisters und Beigeordneten, gestützt vom Ortsgemeinderat, zurück. Es ist erfreulich zu sehen, wie sehr unsere Gemeinwesen lebendig sind und man sich um die Entwicklung unserer Dörfer seitens der Verantwortlichen und der Einwohner bemüht. Von wegen reine Schlafdörfer, von wegen reine Gleichgültigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner. Man sieht am Beispiel Frankelbach und Olsbrücken wie verzerrt die Medien vielfach die Wirklichkeit darstellen. Zum Ortsgeschehen gehört auch, dass der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach einen neuen Vorstand gewählt hat. So ist die Aktivität des Ortsvereins für die nächsten zwei Jahre, so lange geht die Wahlzeit des Vorstandes, gesichert. Die Vorstandswahl ist aber auch deswegen bemerkenswert, weil es gelungen ist, einige wesentliche Prinzipien dabei Realität werden zu lassen. Nämlich: Der Vorstand ist eine gelungene Mischung von erfahrenen Mitgliedern (Rolf Künne, Michael Jung, Martina Gehm) und von

neuen, jungen (Thorsten Haferanke, Daniela Jung, Iris Kannegieser-Rosenwald). Er ist gleich besetzt von Frau und Mann, jeweils drei und gleichmäßig auf Frankelbach und Olsbrücken verteilt, auch jeweils drei. Dabei wird deutlich, dass die Grundsätze bei der Aufstellung der Wahlliste von Olsbrücken auch bei der Vorstandswahl eine Rolle gespielt haben. Überörtlich sind zwei Geschehen bemerkenswert: Die Vorsitzendenwahl der SPD und das Klimakonzept der Bundesregierung. Zum Klimakonzept der Kommentar an anderer Stelle. Die SPD verhält sich wieder einmal mitglieder- und basisdemokratisch. In dieser Partei haben die Mitglieder tatsächlich Einfluss. Im Vorfeld dieses Verfahrens ist wieder einmal viel gemekelt worden: zu lange, zu schwerfällig, keine geeigneten Kandidaten, man beschäftigt sich nur mit sich selbst usw. Alles Quatsch! Wer die Regionalkonferenzen mitgemacht hat, hat erlebt, was lebendige Demokratie ausmacht, hat gesehen, dass die Demokratie nach wie vor lebt, insbesondere wenn man den Menschen die Chance gibt, sich einzubringen und das Gefühl zu haben, etwas gestalten zu können. Lehnen wir nicht immer alles Neue ab, sondern geben wir ihm die Möglichkeit, sich zu beweisen. Die Fehlentwicklungen gehen von alleine ein.

## **B 270 UMGEHUNGSSTRAßE: NEUSTER STAND**

Es ist seit längerem ruhig um die Entwicklung der Umgehungsstraße in Olsbrücken/Frankelbach. Die „Dorfschell“ hat deshalb beim Leiter des Landesbetriebs Mobilität (LBM) Kaiserslautern, Herrn Lutz, nachgefragt, wie der Stand des Verfahrens ist.

Nach Auskunft von Herrn Lutz steht man kurz vor der Beantragung des Planfeststellungsverfahrens unter Berücksichtigung der neuen Trassenführung. Wie Sie sich vielleicht erinnern, musste die Trassenführung wegen Reklamationen von verschiedenen Interessenverbänden dergestalt geändert werden, dass die Straßen- und die Bahntrasse gebündelt in die Nähe der Lauter gelegt werden sollten. Die damit verbundenen Umplanungen sind mittlerweile abgeschlossen, so dass man nunmehr alsbald in die sogenannte Offenlegung treten kann. Dann ha-

ben alle Beteiligten die Gelegenheit, sich die Planungen anzusehen und eventuell ihre Einwände geltend zu machen. Da im Vorfeld schon vieles besprochen worden ist, ist die Wahrscheinlichkeit, dass es keine erheblichen Einwände geben wird, groß. Allerdings gibt es dafür keine Gewissheit. Die Einwände, so sie denn kommen, werden sodann bearbeitet und in einem Erörterungstermin mit allen Beteiligten besprochen. Dieser wird wohl im nächsten Jahr stattfinden.

Die genaue Dauer des Verfahrens hängt natürlich von den Einwänden, ihrer Anzahl, ihrer Schwere sowie der Möglichkeit der Abhilfe ab. Realistischerweise kann man mit einem Planfeststellungsbeschluss, der dann auch Baurecht schafft, im Jahr 2021 rechnen.

## WER WIRD NEUE(R) VORSITZENDE(R) DER BUNDES-SPD

Dies ist neu und hat es noch nicht gegeben: **Die SPD lässt ihre Vorsitzenden durch die Mitglieder, ca. 430.000, wählen!** Eines steht jetzt schon fest: Es wird eine sogenannte **Doppelspitze** geben, bestehend aus einer Frau und einem Mann. Denn im Rennen sind „nur noch“ sieben Paare. Diese Kandidatinnen und Kandidaten stellen einen gewissen Querschnitt aus der SPD dar; sie kommen aus dem Bundesvorstand, aus dem Bundestag, aus Ministerien (Bund und Land), aus den Landtagen. In sage und schreibe 23 Regionalkonferenzen im gesamten Bundesgebiet stellen sich diese sieben Paare den Mitgliedern vor und stellen sich deren Fragen.

Die bisherigen Konferenzen waren gut besucht, so gut, dass die Säle und Hallen den Andrang kaum aufnehmen konnten. Die Diskussionen waren äußerst rege und spiegelten die Gedanken, Überzeugungen und Wünsche der SPD-Mitglieder wieder.

Die Regionalkonferenz für Rheinland-Pfalz fand in Nieder-Olm statt. Der Verfasser dieses Artikels hat sie selbst besucht und kann aus ei-

gener Kenntnis sagen, wie engagiert die SPD-Mitglieder mitgemacht haben. Am Ende der Veranstaltung hatten viele das Gefühl, man kann sich freuen, ein SPD-Mitglied zu sein. Dieses Vorgehen ist im politischen Bereich einmalig und belegt den SPD-Mitgliedern, dass sie direkten Einfluss auf die wesentlichen Entscheidungen der Partei haben.

Im Oktober werden die SPD-Mitglieder (alle!) die Möglichkeit haben, das von ihnen jeweils bevorzugte Duo zu wählen. Sollte kein Kandidatenpaar die absolute Mehrheit erhalten, wird es zu einer Stichwahl kommen zwischen den beiden Paaren, die die meisten Stimmen erreicht haben. Dann sind die SPD-Mitglieder nochmals zur Stimmabgabe aufgerufen.

Auf einem Parteitag im Dezember entscheiden die dortigen Delegierten, wer die neuen Parteivorsitzenden werden. Sie werden sich aber an das Mitgliedervotum halten.

Ein langer, aber sehr demokratischer Weg, den zu gehen es sich im Interesse unserer Demokratie lohnt.

## FRANKELBACH:ALTER FRIEDHOF NEU GESTALTET

Wieder haben Bürgerinnen und Bürger in Frankelbach etwas im Ort hergerichtet und neu gestaltet: Diesmal das Gelände am Alten Friedhof/Denkmal. Nachdem man in früherer Zeit schon Sträucher und Pflanzen zurückgeschnitten hat, die Rasenanlagen gemäht und die Wege gesäubert hat, hat man sich nunmehr an die endgültige Gestaltung des Geländes gemacht. Man hat alles hergerichtet und insbesondere auf der Böschung einige große Sandsteine platziert. Das Gelände am Alten Friedhof hat nun einen Parkcharakter und lädt zum Verweilen ein. Man kann mit Fug und Recht sagen:

**Frankelbach ist schöner geworden!**



## NEUES AUS OLSBRÜCKEN

**Seit der Augustausgabe der „Dorfschell“ hat sich in Olsbrücken wieder etwas getan. Es sind weitere Projekte in Angriff genommen worden und zum Teil schon abgeschlossen.**

Wie Sie vielleicht schon gesehen haben, hat es an der **Fassade des Bürgerhauses im Sockelbereich** Erhaltungs- und Renovierungsarbeiten gegeben. Der Sockel am Bürgerhaus war ebenso wie die Außentreppe schadhafte. Dass war schon in der vergangenen Legislaturperiode so, doch es hat sich nichts getan. Das war besonders problematisch, weil diese Schäden nicht nur zu einem schlechten Aussehen führten, sondern die Bausubstanz z.B. durch eindringendes Wasser Schaden zu nehmen drohte. Ortsbürgermeister Schneck hat sich deshalb entschieden, das Bürgerhaus nunmehr schnellstmöglich zu sanieren. Da allerdings die Kosten für die Sanierung nicht unerheblich gewesen wären, hat er sich etwas einfallen lassen. Er hat nämlich die Arbeiten allein durch unseren Gemeindearbeiter, Klaus Ziegler, durchführen lassen. Dadurch fielen an Kosten nur die Materialkosten und der Arbeitslohn für die Stunden, die unser Gemeindearbeiter benötigte, an.

Und: Das Ergebnis kann sich sehen lassen! Die Fugen sind abgedichtet, der Stein neu grundiert und gestrichen worden. Auch die Außentreppe ist im Zuge der Arbeiten repariert worden.

Ein weiterer Punkt ist das **Seniorenessen** in Olsbrücken. Wie wir in der Augustausgabe der „Dorfschell“ schon berichteten, soll dieses Essen regelmäßig wiederkehrend (man denkt an alle drei oder vier Monate) stattfinden. Davon unberührt bleibt das Weihnachtsessen der Ge-

meinde. Nunmehr hat der Ortsbürgermeister mit dem TUS Olsbrücken eine Übereinkunft erzielen können, wonach das Seniorenessen in der Gaststätte des TUS ermöglicht wird. Das Essen wird durch einen Caterer geliefert und von freiwilligen Helfern ausgeteilt. Die Getränke stellt der TUS. Über die Höhe der Preise, die für diese Leistungen verlangt werden müssen, ist noch nicht befunden worden. Also: Die Seniorinnen und Senioren werden zukünftig einen Platz zum gemeinsamen Treffen und Essen in Olsbrücken haben. Das erste gemeinsame Seniorenessen ist schon terminiert, nämlich am **Dienstag, den 30. Oktober zur Mittagszeit in der Gaststätte des TUS Olsbrücken.**

Auch der Beigeordnete der Gemeinde Olsbrücken, Thorsten Haferanke, ist aktiv. Er hatte die Idee, an die Kriegszeit in Olsbrücken zu erinnern. Hintergrund ist, dass sich der Beginn des zweiten Weltkriegs in diesem Jahr zum achtzigsten Male jährt. Thorsten Haferanke möchte Zeitzeugen, die diese Zeit des Leids in Olsbrücken miterleben mussten, befragen und will Zeitdokumente wie Briefe, Fotos, Ratsprotokolle etc. sammeln lassen. Sodann soll es im Winter 2019/2020, vermutlich im Januar 2020, eine Ausstellung zu diesem Thema geben. Auch die Schule soll eingebunden werden. Wer also noch irgendwelche Unterlagen aus dieser Zeit hat, kann sich bei Thorsten Haferanke melden.

## FRANKELBACHER KERB WIEDER EIN ERFOLG

Auch in diesem Jahr ist die Frankelbacher Kerb wieder erfolgreich gewesen. Sowohl am Kerwesamstag als auch am Kerwesonntag kamen eine Vielzahl von Besuchern, wobei bemerkenswert war, dass auch viele Leute aus den Nachbarorten die Kerbe besucht haben.

Da das Wetter schön war, konnten Tische und Bänke vor der Halle aufgestellt werden. Viele Menschen haben diesen warmen, luftigen Platz genutzt. Dies führte auch zu einer gewissen Entlastung bei den Plätzen in der Halle. Neu war die Live-Musik am Sonntag Nachmittag.

Bewährtes bewährte sich wieder, so die Musik mit einem DJ, das samstagsabendliche Schlachtfestessen, der Besuch der Kerwered' und danach der Gang zu Kaffee und Kuchen. In diesem Zusammenhang sei den Kuchenspenderrinnen gedankt, ebenso wie den weiteren Spendern. Dank sagen wir auch den Organisatoren und den vielen Helferinnen und Helfern, die für einen reibungslosen Ablauf der Kerb gesorgt haben.

Was bleibt ist die Vorfreude auf die Kerb 2020 am ersten Wochenende im September.

# DAS KLIMAKONZEPT DER BUNDESREGIERUNG

**Die Bundesregierung hat ihr schon lange erwartetes Klimakonzept nunmehr vorgelegt. Viele Jahre lang haben diverse Bundesregierungen dem Klimaschutz nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt und außer Lippenbekenntnissen nicht viel zu bieten gehabt. Es gab eine –aber auch gewichtige- Ausnahme, nämlich die Entscheidung, aus der Atomenergie auszusteigen. Dies war ein mutiger Schritt, blieb aber lange Zeit die einzig nennenswert grundsätzliche Aktion auf diesem Gebiet. Jetzt hat man sich nach langen Diskussionen zu einem Konzept durchgerungen, hat aber wegen der Versäumnisse in der Vergangenheit wenig Alternativen oder flankierende Maßnahmen zu bieten.**

Der erste Schritt innerhalb des neuen Klimakonzeptes der Bundesregierung ist der schon seit einiger Zeit beschlossene Ausstieg aus der Kohleenergie. Bis 2038 sollen alle Kohlekraftwerke vom Netz sein. Vielfach wird dieses Datum missverstanden, nämlich dass es erst zu diesem Zeitpunkt einen Ausstieg aus der Kohleerzeugung gäbe. Im Gegenteil: Schon in den nächsten Jahren stellen einige Kohlekraftwerke ihren Betrieb ein, 2038 das letzte. So hat man schon alsbald eine sich von Jahr steigende Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Diesen gesamten Prozess will sich die Bundesregierung insgesamt 40 Mrd. Euro kosten lassen.

Auf der Basis dieser Beschlüsse ist das neu veröffentlichte Konzept der Bundesregierung zu sehen. Es beinhaltet grundsätzlich zum Zwecke des Klimaschutzes Belastungen für den Bürger, aber auch Subventionen für klimaschützende Maßnahmen sowie direkte Zuwendungen an den Bürger zum –teilweisen-Ausgleich der Belastungen. Im Einzelnen handelt es sich um folgendes:

## **I) Belastungen:**

1) Es werden sogenannte CO<sub>2</sub>-Zertifikate ausgegeben. Das bedeutet: eine Tonne ausgestoßenes CO<sub>2</sub> kostet im Anfang 10€ und steigert sich schrittweise bis zum Jahr 2025 auf 35€. Sodann wird es freien Handel mit diesen Zertifikaten geben, wobei sie mindestens 35€/t, höchstens 60€/t kosten dürfen. Diese Zertifikate, die jetzt auch für Gebäude und Verkehr gelten, werden in der Regel von der Industrie, z.B. der Mineralölindustrie, erworben, nicht vom einzelnen Bürger. Die Kosten legt die Industrie dann aber auf den Bürger, so weit möglich, um, z.B. durch

den Benzin- und Dieselpreis.

2) Flugtickets werden teurer: Ab 2020 wird es eine Luftverkehrsabgabe (Ticketsteuer) geben, die zumindest die Kosten für sogenannte Billigflüge nennenswert erhöhen soll.

3) Ab 2026 soll es untersagt sein, in Neubauten Ölheizungen einzubauen.

4) Insbesondere bei Neuzulassungen wird die Kfz-Steuer am CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Wagens gemessen. Das bedeutet: wer ein großes, viel CO<sub>2</sub> ausstoßendes Auto kauft, zahlt mehr Steuern.

## **II) Subventionen:**

1) Im Gebäudebereich soll es auch möglich sein, bei selbstgenutztem Eigentum die Kosten von Sanierungsmaßnahmen steuerlich als Abzug von der Steuerschuld, also nicht entsprechend des Versteuersatzes, geltend zu machen.

2) Austausch von Ölheizungen wird mit bis zu 40% Zuschuss gefördert.

3) Der Kauf von Elektroautos wird bei einem Kaufpreis von unter 40000€ über die bisher schon gewährten 4000€ hinaus bezuschusst. Nebenbei werden durch den Staat noch etwa 1 Million Ladesäulen deutschlandweit installiert.

4) Die Mehrwertsteuer auf Bahntickets wird von 19% auf 7% gesenkt. Die Bahn hat zugesagt, diesen Preisvorteil an die Kunden weiterzugeben.

### III) Zuwendungen:

1) Dem Bürger wird zum Ausgleich der Kosten bei den CO<sub>2</sub>-Zertifikaten mit einer Senkung der EEG-Umlage und anderer Preisbestandteile des Stroms der Strompreis verbilligt. Folglich hat der, der mehr auf Strom setzt, z.B.: durch ein E-Auto, einen handfesten wirtschaftlichen Vorteil.

2) Die Pendlerpauschale wird ab Kilometer 21 auf 35ct/km angehoben.

3) Das Wohngeld wird um 10% höher. Letztlich stellt der Bund noch einige erhebliche Investitionen in die energiesparende Infrastruktur zur Verfügung: Ausbau von Radwegen,

Ausbau des ÖPNV, besonders in ländlichen Gebieten, Elektrifizierung bei der Bahn und beim LKW-Verkehr.

Man hat sich seitens der Bundesregierung entschieden, die Zielerreichung jährlich zu kontrollieren, um bei Zielverfehlung gegensteuern zu können.

Insgesamt wird nach Schätzungen der Bundesregierung das gesamte Konzept bis 2023 den Bund 54 Mrd. Euro kosten. Danach fallen bis 2030 weitere Kosten an, die mit einem dreistelligen Milliardenbetrag geschätzt werden.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Reaktionen auf das Klimakonzept der Bundesregierung waren vorhersehbar: Die Bundesregierung lobt ihr Konzept über den grünen Klee, die Opposition lässt kein gutes Haar an ihm. Das gehört zum –überholten?- politischen Ritual. Bemerkenswerter ist die ablehnende Haltung der Umweltschutz- und Wirtschaftsverbände. Aber das hat einen eindeutigen Grund: **Das Klimakonzept geht, um sozialverträglich zu sein, langsam vor.** Deshalb bleibt es am Anfang hinter den –überzogenen?- Erwartungen zurück. Deshalb die Enttäuschung der Verbände!

Aber sollte man wirklich auf die soziale Komponente verzichten? **Dies ist eine Standpunktfrage! Rasanten Klimawandel und soziale Verträglichkeit kann man nicht zusammen haben; man muss sich für das eine oder das andere entscheiden!**

Eines wird aber erkennbar: Die schlappe Herangehensweise der Politik (Bundesregierung, Landesregierungen, Kommunen) rächt sich nun. Es fehlen zu vielen Problemfeldern des Klimawandels die Alternativen. Sie wurden in der Vergangenheit nicht oder nur unzulänglich geschaf-

fen. Es fehlen zum Beispiel für Pendler aus dem ländlichen Raum die Alternativen zur Nutzung des Autos. Der ÖPNV verdient vielfach nicht ansatzweise seinen Namen. Und: Soll man den Pendlern eine Benzin-Dieselpreiserhöhung von 20-40ct/ltr von einem Moment auf den anderen zumuten? Das wäre nämlich die Folge, wenn die CO<sub>2</sub>-Abgabe schon jetzt auf die von Wissenschaftlern geforderten 50-100€ pro Tonne CO<sub>2</sub> gesetzt würde. Dies wäre allenfalls dann zumutbar, wenn es für Pendler die ÖPNV-Alternative gäbe. Das ist aber in aller Regel nicht der Fall. Also wenn man die Leute „mitnehmen“ will, was oft herausposaunt wird, muss man zumindest im Beispielsfall behutsam vorgehen.

Die Zukunft wird weisen, ob die Bundesregierung ihre selbstgesteckten Ziele wird erreichen können. Aber sie, oder eine Nachfolgeregierung, hat immer noch die Möglichkeit gegenzusteuern, wenn etwas nicht so läuft, wie man gedacht hat.